

Steuern für Gesundheit umstritten

Zwei Wochen vor dem angepeilten Einigungstermin wird in der großen Koalition heftig über die künftige Finanzierung des Gesundheitswesens gestritten.

Ressortchefin Schmidt (SPD) bemüht sich, ihre Reformpläne Forderungen aus der eigenen Partei anzupassen.

Berlin - Trotz des Schweige-Gelübdes gab Ministerin Ulla Schmidt, Co-Vorsitzende der koalitionären Arbeitsgruppe Gesundheit, am Donnerstag ein klein wenig Einblick in ihre Reformprioritäten. Sie sei "offen für jede gute Lösung", sagte Schmidt der dpa. Allerdings komme "eine reine Steuerfinanzierung nicht in Frage".

Gemünzt war diese Festlegung auf zunehmende Sympathiekundgebungen in der SPD für die Idee, das Gesundheitswesen künftig deutlich stärker über Steuern zu finanzieren. Bis in die Parteispitze hinein favorisieren viele Sozialdemokraten mittlerweile einen Systemwechsel, wonach zwischen den Jahren 2008 und 2010 Zuschüsse in Höhe von 30 bis 45 Milliarden Euro in das derzeit einkommensschwache System gepumpt werden könnten.

(...)

Auch die jüngsten Steuererhöhungspläne trafen beim größeren Koalitionspartner auf wenig Gegenliebe. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) nannte den Vorstoß "völlig unsinnig". Auch direkte Steuern seien "Kosten, die auf der Erwerbsarbeit liegen", sagte Müller dem Sender N24. Müllers baden-württembergischer Amts- und Parteikollege Günther Oettinger nannte zumindest das Volumen der beabsichtigten Steuerzuschüsse "überzogen". Allerdings rief er eine alte Forderung der Union in Erinnerung, zumindest bei der Krankenversicherung von Kindern von der Beitrags- auf die Steuerfinanzierung umzuschwenken.

In der SPD wird eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Gesundheitswesens ausgeschlossen. Stattdessen ziehen die Genossen eine Anhebung der Einkommensteuer sowie eine stärkere Belastung von Kapitalerträgen vor.

Auch das von Schmidt und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) als Kernelement der Reform befürwortete Modell eines "Gesundheitsfonds" rief am Donnerstag Kritik hervor. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums nannte das Konzept "ökonomisch eine Missgeburt". Der Fonds werde zu einer Geldsammel- und Verteilungs-

stelle, rügte der Beirats-Vorsitzende Axel Börsch-Supan - und erntete Zustimmung von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU).

Der vollständige Artikel von *Michael Bergius* erschien am 23. Juni in der *Frankfurter Rundschau*.